

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 3

Artikel: So geht es weiter : Erklärung der SPS-Geschäftsleitung nach dem Parteitag
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340115>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

So geht es weiter

Erklärung der SPS-Geschäftsleitung nach dem Parteitag

Die Geschäftsleitung der SPS akzeptiert selbstverständlich den Entscheid des Parteitages. Sie ersucht die Vertrauensleute, vor allem die Frauen und die Jüngeren, jetzt erst recht weitzumachen.

Die Diskussion über die Bundesratsbeteiligung hat mit dem Parteitag ihren Höhepunkt erreicht. Das Verbleiben der Partei im Bundesrat bedeutet aber nicht die Fortsetzung der bisherigen Konkordanzpolitik. Die SPS wird wenn möglich kooperative Lösungen mitverantworten. Wenn immer möglich wird sie aber eine oppositionelle Konkurrenzpolitik praktizieren.

«Freund und Feind» dürfen aber versichert sein: Die SPS wird künftig als Bundesrats- und als Oppositionspartei erheblich unbequemer sein als bisher.

Konkrete Massnahmen zur Verstärkung der SP-Politik bei Aufrechterhaltung der Bundesratsbeteiligung können so umrissen werden:

1. Regierungs- und Parlamentebene

- a) SP-Mandatäre haben verstärkt die Grundsätze des SPS-Programmes und die Beschlüsse von Parteitag und Parteivorstand in ihrer Arbeit zu vertreten. An jedem ordentlichen Parteitag ist eine kritische Bestandaufnahme der geleisteten Arbeit vorzulegen.
- b) Bei umstrittenen und wichtigen Parlamentsbeschlüssen verlangt die SP-Fraktion Abstimmungen mit Namensaufruf.
- c) Bei parteieigenen Initiativen und Referenden sowie anderen grundlegenden Vorlagen haben die Regie-

rungsvertreter dafür zu sorgen, dass sie nicht gegen die Beschlüsse der Partei in der Öffentlichkeit auftreten.

2. Zusammenarbeit zwischen Regierungsvertretern, Parlamentariern und Partei

- a) Die Präsenz der gewählten Vertreter in den Parteigremien ist unerlässlich
- b) Die Zusammenarbeit zwischen der Parlamentsfraktion und den Parteigremien ist auch institutionell besser zu gewährleisten. Insbesondere sind die Sekretariatsdienste von Fraktion und Partei besser zu verknüpfen.

c) Zusammen mit der Partei bemüht sich die Fraktion verstärkt um Einbezug auch ausserparlamentarischer Aktivitäten sowohl von Sektionen als auch von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen.

3. Vordringliche Massnahmen innerhalb der Partei

- a) Neue Formen zur direkteren Mobilisierung der gesamten

Mitgliedschaft, der Mitgliederwerbung und der besseren Erfassung von Mitgliedern, Wählern und Sympathisanten sind vorzubereiten.

b) Die Parteienstrukturen und die Praxis der Parteiarbeit haben vermehrt die Notwendigkeiten eines Einbezuges einerseits der einzelnen Parteimitglieder in den Entscheidungsprozess, andererseits der uns nahestehenden traditionellen und neuen Bewegungen in die SP-Politik zu gewährleisten.

c) Das SPS-Wahlprozedere für die Nominierung von Bundesratskandidat(inn)en ist in dem Sinne abzuändern, dass offizielle Kandidat(inn)en weder gegen eine Mehrheit der Fraktion noch des Parteivorstandes nominiert werden dürfen. Nichtoffizielle Kandidat(inn)en dürfen eine Wahl nicht annehmen. SP-Bundesräte, die sich zur Wiederwahl stellen, sind dem gleichen Prozedere zu unterstellen.



Noch nie so viele Mitglieder beieinander.